



# Rechnungshof Rheinland-Pfalz



## Kommunalbericht 2006

zur Haushaltslage der Gemeinden  
und Gemeindeverbände

**Inhaltsverzeichnis**

	Seite
Zusammenfassende Darstellung	3
Vorbemerkung	4
1. Überblick	4
1.1 Finanzierungssaldo	4
1.2 Rechnungsergebnisse und Planung 2006	7
1.3 Ausblick	7
2. Einnahmenentwicklung im Einzelnen	9
2.1 Steuern	9
2.1.1 Gesamtentwicklung	9
2.1.2 Gewerbesteuer	10
2.1.3 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer	12
2.1.4 Grundsteuer	12
2.2 Zuweisungen und Zuschüsse	12
2.3 Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen	13
2.4 Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen	14
2.5 Einnahmen aus Krediten	14
3. Ausgabenentwicklung im Einzelnen	15
3.1 Personalausgaben	15
3.2 Ausgaben für Sozialleistungen	16
3.3 Zinsausgaben	17
3.4 Sachinvestitionen	17
4. Schulden der Kommunen	19
4.1 Gesamtschulden	19
4.2 Kredite für Investitionen	20
4.3 Kassenkredite	20

## Anlagenverzeichnis

- 1 Gemeinden und Gemeindeverbände mit unausgeglichenem Haushalt  
- Rechnungsergebnisse 2005 -
- 2 Gemeinden und Gemeindeverbände mit unausgeglichenem Haushalt  
- Haushaltsplanungen 2006 -
- 3 Entwicklung der wesentlichen Einnahmen 2005 und 2006 nach Gebietskörperschaftsgruppen
- 4 Entwicklung der wesentlichen Ausgaben 2005 und 2006 nach Gebietskörperschaftsgruppen
- 5 Ländervergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände 2000 bis 2005
- 6 Schulden für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der kreisfreien Städte und der Landkreise einschließlich der kreisangehörigen verbandsfreien Gemeinden, Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden am 31.12.2005
- 7 Kassenkredite der Landkreise einschließlich der kreisangehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden 2005 und 2006
- 8 Kassenkredite der großen kreisangehörigen Städte 2005 und 2006

## **Zusammenfassende Darstellung**

Die Gemeinden und Gemeindeverbände wiesen 2006 im siebzehnten Jahr in Folge einen negativen Finanzierungssaldo aus. Das Defizit, das im Vorjahr bei 454 Mio. € gelegen hatte, verringerte sich im Wesentlichen aufgrund höherer Steuereinnahmen auf 252 Mio. €

Nach den Rechnungsergebnissen des Jahres 2005 konnten 1.016 von 2.493 Kommunen ihren Haushalt nicht ausgleichen. Der Fehlbetrag war mit 1.705 Mio. € um 351 Mio. € höher als im Vorjahr.

Die Planungen von 1.074 Kommunen, das sind 49 weniger als im Vorjahr, wiesen für 2006 einen Fehlbedarf von insgesamt 1.980 Mio. € aus. Davon entfielen 63 % auf die kreisfreien Städte.

Die Gesamtschulden der Kommunen einschließlich der Schulden der Eigenbetriebe und Krankenanstalten sowie der Rückzahlungsverpflichtungen aus dem Verstehtigungsdarlehen des Landes stiegen gegenüber dem Vorjahr um 496 Mio. € oder 4 % auf 12.554 Mio. € Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 3.097 €

Kassenkredite, die nur kurzfristige Liquiditätsengpässe überbrücken sollen, wurden weiterhin zur Finanzierung von laufenden Ausgaben aufgenommen. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 11 % auf 3.048 Mio. € und erhöhten sich damit im Zehnjahresvergleich auf das Sechsfache. Bei den kreisfreien Städten entsprach das Volumen der Kassenkredite fast den gesamten jährlichen Einnahmen der Verwaltungshaushalte.

Trotz steigender Einnahmen sind weitere intensive Konsolidierungsbemühungen dringend geboten. Als wirksame Zukunftsvorsorge müssen in Anbetracht der demografischen Entwicklung eine nachhaltige Verringerung der Defizite und ein schrittweiser Abbau der Gesamtschulden vorrangige Ziele kommunalpolitischen Handelns sein.

Mit der Einführung der kommunalen Doppik wird ein effektiveres Finanzmanagement angestrebt. Eine nachhaltige Verbesserung der Einnahmesituation wird damit jedoch nicht erreicht. Vielmehr ist die Reform zunächst mit zusätzlichen Aufwendungen verbunden.

## Vorbemerkung

Seit 1997 berichtet der Rechnungshof dem Landtag und der Landesregierung jährlich im Kommunalbericht über die Haushaltslage der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Erkenntnisse und Erfahrungen, die er und die seiner fachlichen Weisung unterliegenden Gemeindeprüfungsämter bei den Kreisverwaltungen im Rahmen der überörtlichen Prüfung gemäß § 110 Abs. 5 GemO gewonnen haben. Zunächst wird aus Gründen der Aktualität der Bericht zur Haushaltslage der Gemeinden und Gemeindeverbände vorgelegt.

## 1. Überblick

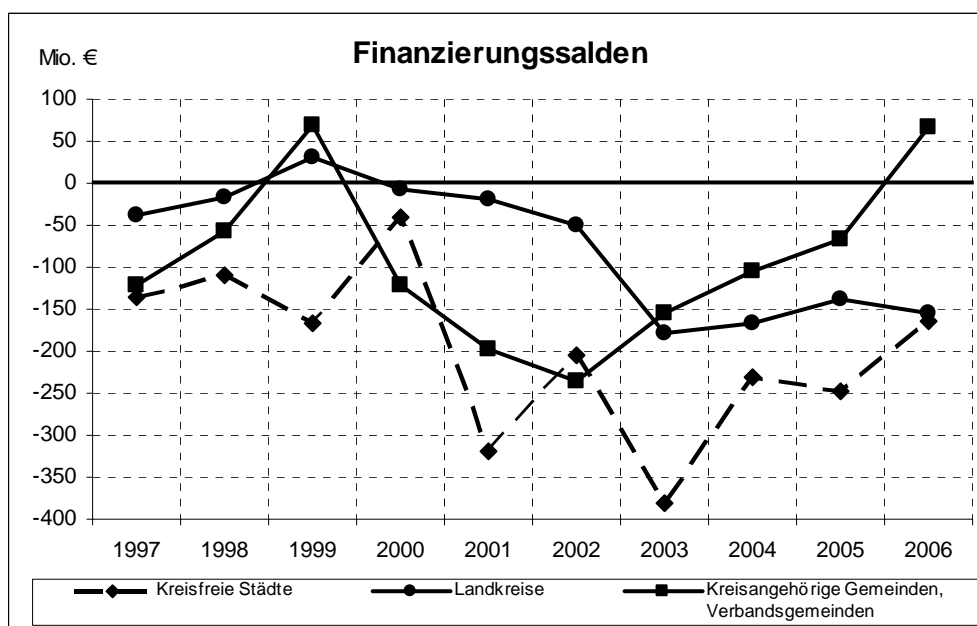
### 1.1 Finanzierungssaldo

Die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup> wiesen 2006 im siebzehnten Jahr in Folge einen negativen Finanzierungssaldo aus.

Die Gesamteinnahmen im Jahr 2006 erhöhten sich insbesondere durch den starken Zuwachs bei den Steuereinnahmen um 6,1 % auf 8.763 Mio. €<sup>2)</sup>. Sie reichten jedoch nicht aus, um die um 3,5 % gestiegenen Gesamtausgaben von 9.015 Mio. € zu decken.

Das seit 2003 rückläufige Finanzierungsdefizit <sup>3)</sup> verringerte sich 2006 gegenüber dem Vorjahr um 44,5 % auf 252 Mio. €. Davon entfielen 165 Mio. € auf die kreisfreien Städte und 155 Mio. € auf die Landkreise. Die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden hatten erstmals seit 1999 wieder einen positiven Finanzierungssaldo von 68 Mio. €.

Nach Gebietskörperschaftsgruppen differenziert, stellt sich die Entwicklung der Finanzierungssalden im Zehnjahresvergleich wie folgt dar:



1) Ohne Bezirksverband Pfalz und Zweckverbände.

2) Im Interesse einer übersichtlichen Darstellung sind die Zahlenangaben grundsätzlich gerundet. Differenzen in den nachfolgend dargestellten Beträgen entstehen durch Rundungen.

3) Differenz zwischen Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung (ohne besondere Finanzierungsvorgänge, z.B. Rücklagenentnahmen, Deckung von Vorjahresfehlbeträgen, innere Darlehen, Kreditmarktmittel).

Nach 2002 wiesen die Gemeinden und Gemeindeverbände 2006 wieder einen Überschuss der laufenden Rechnung<sup>4)</sup> von 131 Mio. € aus. Die kreisfreien Städte und Landkreise nahmen zur Finanzierung der Ausgaben der laufenden Rechnung auch weiterhin Kassenkredite auf.

In der Kapitalrechnung<sup>5)</sup> gingen die Einnahmen, die bereits im Vorjahr die Ausgaben nicht deckten, zurück. Zum Ausgleich fehlten 383 Mio. € Das sind 101 Mio. € mehr als 2005.

Entwicklung der Finanzierungssalden 2005 und 2006				
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden
- Mio. €-				
Laufende Rechnung				
2005	-172	-220	-104	+152
2006	+131	-104	-110	+345
Kapitalrechnung				
2005	-282	-29	-35	-218
2006	-383	-61	-45	-277
Finanzierungssaldo				
2005	-454	-249	-139	-66
2006	-252	-165	-155	+68
Veränderung 2005/2006				
Verbesserung	202	84		134
Verschlechterung			16	

Genaueren Aufschluss über die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen einer Gebietskörperschaftsgruppe gibt die Nettoinvestitionsrate, d. h. die Differenz aus dem Ergebnis der laufenden Rechnung und den Tilgungsausgaben. Während die kreisfreien Städte und Landkreise hier Unterdeckungen von 177 Mio. € und 165 Mio. €<sup>6)</sup> auswiesen, verblieben bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden Eigenfinanzierungsmittel von 178 Mio. €

Nettoinvestitionsrate 2006				
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden
- Mio. €-				
Ergebnis der laufenden Rechnung	+ 131	- 104	- 110	+ 345
abzüglich Tilgungsausgaben	295	73	55	167
Unterdeckung	164	177	165	-
Eigenfinanzierungsmittel	-	-	-	178

<sup>4)</sup> Einnahmen der laufenden Rechnung sind Steuern und steuerähnliche Einnahmen, Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb, Zinseinnahmen und Schuldendiensthilfen sowie laufende Zuweisungen und Zuschüsse. Ausgaben der laufenden Rechnung sind Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Zinsausgaben, laufende Zuweisungen und Zuschüsse (insbesondere Sozialausgaben) sowie Schuldendiensthilfen.

<sup>5)</sup> Einnahmen der Kapitalrechnung sind Erlöse aus der Veräußerung von Sachvermögen und Beteiligungen, Vermögensübertragungen, Darlehensrückflüsse und Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich. Ausgaben der Kapitalrechnung sind Sachinvestitionen, Zuwendungen für Investitionen, Erwerb von Beteiligungen und Tilgungsausgaben an den öffentlichen Bereich.

<sup>6)</sup> Unterdeckung 2005 (negative Nettoinvestitionsrate): 293 Mio. € bei den kreisfreien Städte und 170 Mio. € bei den Landkreisen.

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Jahren 2001 bis 2006 ist in der folgenden Übersicht dargestellt <sup>7)</sup>.

		2001	2002	2003	2004	2005 <sup>1)</sup>	2006	2005/ 2006	2005/ 2006
		- Mio. €-							%
1.	Einnahmen								
1.1	Steuern und steuerähnliche Einnahmen	2.331	2.297	2.185	2.400	2.502	2.862	360	14,4
	- Gewerbesteuer (netto)	709	740	639	919	1.000	1.246	246	24,6
	- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	965	969	989	919	929	1.026	97	10,4
	- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	116	118	115	112	112	120	8	7,1
	- Grundsteuer A und B	388	398	406	413	425	430	5	1,2
1.2	Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb	877	875	910	923	919	946	27	2,9
	- Gebühren, sonstige Entgelte	329	334	344	340	347	347	0	0,0
	- Konzessionsabgaben, Gewinnanteile aus Unternehmen und Beteiligungen,	215	205	209	218	211	214	3	1,4
	- übrige Verwaltungs- und Betriebs-einnahmen	333	336	357	365	361	385	24	6,6
1.3	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	3.624	3.706	3.715	3.825	3.981	4.177	196	4,9
	- vom Land	1.709	1.828	1.855	1.840	2.026	2.159	133	6,6
	Schlüsselzuweisungen <sup>2)</sup>	780	866	827	821	837	846	9	1,1
1.4	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	595	586	558	556	546	518	-28	-5,1
	- vom Land	347	343	335	347	354	332	-22	-6,2
1.5	Erlöse aus Vermögensveräußerungen	273	329	300	262	271	215	-56	-20,7
1.6	Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung	6.877	6.917	6.841	7.172	7.430	8.020	590	7,9
1.7	Bruttoeinnahmen der Kapitalrechnung	881	927	871	832	828	743	-85	-10,3
1.8	Gesamteinnahmen (1.6 + 1.7) ohne besondere Finanzierungsvorgänge	7.758	7.844	7.712	8.004	8.258	8.763	505	6,1
2.	Ausgaben								
2.1	Personalausgaben	1.824	1.882	1.908	1.956	1.992	2.001	9	0,5
2.2	Laufender Sachaufwand	1.156	1.194	1.213	1.238	1.267	1.325	58	4,6
2.3	Zinsausgaben	301	298	294	298	296	295	-1	-0,3
2.4	Sozialausgaben	1.201	1.245	1.343	1.481	1.657	1.763	106	6,4
2.5	Sachinvestitionen	1.298	1.214	1.155	1.025	952	982	30	3,2
	- Baumaßnahmen	993	954	921	815	749	783	34	4,5
2.6	Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen	103	120	135	111	122	107	-15	-12,3
2.7	Bruttoausgaben der laufenden Rechnung	6.865	6.971	7.119	7.354	7.602	7.889	287	3,8
2.8	Bruttoausgaben der Kapitalrechnung	1.428	1.364	1.306	1.153	1.110	1.126	16	1,4
2.9	Gesamtausgaben (2.7 + 2.8) ohne besondere Finanzierungsvorgänge	8.293	8.335	8.425	8.507	8.712	9.015	303	3,5
2.10	Finanzierungssaldo (1.8 ./ 2.9)	-535	-491	-713	-503	-454	-252	202	44,5
3.1	Überschuss/Fehlbetrag der laufenden Rechnung (1.6 ./ 2.7)	12	-54	-278	-182	-172	131	303	176,2
3.2	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	316	377	430	358	348	375	27	7,8
3.3	Tilgung von Krediten	240	244	266	288	305	295	-10	-3,3
3.4	Nettoinvestitionsrate (3.1 ./ 3.3)	-228	-298	-544	-470	-477	-164	313	65,6
<sup>1)</sup> Abweichungen gegenüber der Veröffentlichung im Kommunalbericht 2005 beruhen auf Berichtigungen der Statistik.									
<sup>2)</sup> Einschließlich Investitionsschlüsselzuweisungen. Für 2001 bis 2003 Handbuch der Finanzstatistik, Tabelle 600; für 2004 bis 2006 Statistische Berichte des Statistischen Landesamts, Kennziffer L II - j/04, 05, 06.									

<sup>7)</sup> Die Übersicht beruht im Wesentlichen auf den Statistiken über die kassenmäßigen Ergebnisse der Jahre 2001 bis 2006. Ein langfristiger Vergleich wird durch die Auslagerung von Einrichtungen aus den Haushalten erschwert.

## 1.2 Rechnungsergebnisse und Planung 2006 <sup>8)</sup>

Nach den Planungen wurde für 2005 ein Fehlbedarf von 1.950 Mio. € erwartet. Der Fehlbetrag verringerte sich nach den Rechnungsergebnissen um 245 Mio. € auf 1.705 Mio. €. Seit 2001 ist der Fehlbetrag um 121 % angestiegen. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Gebietskörperschaften mit nicht ausgeglichenen Rechnungen um 49 %.

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Haushaltsplanung						
- Zahl der unausgeglichenen Haushalte	682	809	943	1.048	1.123	1.074
- Fehlbedarf in Mio. €	716	743	1.378	1.496	1.950	1.980
Rechnungsergebnis						
- Zahl der unausgeglichenen Rechnungen	682	864	860	974	1.016 <sup>9)</sup>	<sup>10)</sup>
- Fehlbetrag in Mio. €	772	863	1.315	1.354	1.705	

Die Fehlbeträge nach den Rechnungsergebnissen 2005 und die unausgeglichenen Haushalte nach der Planung 2006 sind - nach Gebietskörperschaftsgruppen getrennt - in den Anlagen 1 und 2 dargestellt.

Nach der Haushaltsplanung 2006 konnten 1.074 von 2.493 Gebietskörperschaften ihren Haushalt nicht ausgleichen. Von dem Fehlbedarf von 1.980 Mio. € entfielen

- 63 % auf die 12 kreisfreien Städte,
- 19 % auf 21 Landkreise,
- 2 % auf 5 große kreisangehörige Städte,
- 3 % auf 56 Verbandsgemeinden und
- 13 % auf 980 Ortsgemeinden.

Trotz der Haushaltsverbesserungen 2006 bleibt die Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften außerordentlich angespannt. Der Rückgang des Finanzierungsdefizits um 202 Mio. € war nicht auf geringere Ausgaben, sondern im Wesentlichen auf die infolge der günstigen konjunkturellen Entwicklung höheren Einnahmen zurückzuführen.

## 1.3 Ausblick

Das laufende Defizit und die Fehlbeträge aus Vorjahren belasten weiterhin die kamerale Haushalte <sup>11)</sup> und werden regelmäßig nur durch die Aufnahme von Kassenkrediten gedeckt, die nach dem Haushaltsrecht nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe zulässig sind. Die Kassenkredite nahmen 2006 nochmals um 11 % zu und erreichten mit 3.048 Mio. € einen neuen Höchststand, der inzwischen 63 % der Rückzahlungsverpflichtungen aus Krediten für Investitionen entspricht.

Insgesamt 137 von 236 kommunalen Gebietskörperschaften sind mit Kassenkrediten verschuldet. Nach wie vor entfällt auf die kreisfreien Städte mit 65 % aller Kassenkredite der höchste Anteil. Im Vergleich mit den Kommunen der anderen Flächenländer (West) sind die Kassenkredite der rheinland-pfälzischen Kommunen nach Betrag und Zuwachsrate überdurchschnittlich hoch.

Nach der regionalisierten Steuerschätzung des Ministeriums der Finanzen vom November 2006 für die Jahre 2006 und 2007 sollen sich die kommunalen Steuereinnahmen 2007 gegenüber dem Ist-Aufkommen 2006 um 2,3 % auf 2.928 Mio. € erhöhen. Es wird mit steigenden Einnahmen aus den Gemeindeanteilen an der Lohn-, Einkommen- und Umsatzsteuer und mit rückläufigen Einnahmen aus der Gewerbesteuer gerechnet.

<sup>8)</sup> Nach Erhebungen des Rechnungshofs bei den Aufsichtsbehörden.

<sup>9)</sup> 12 kreisfreie Städte (Vorjahr 11), 6 große kreisangehörige Städte (Vorjahr 5), 22 Landkreise (Vorjahr 20), 59 Verbandsgemeinden (Vorjahr 52) und 917 verbandsfreie Gemeinden und Ortsgemeinden (Vorjahr 886).

<sup>10)</sup> Ergebnisse lagen noch nicht vor.

<sup>11)</sup> Die über Kassenkredite finanzierten Altfehlbeträge aus den kamerale Haushalten werden in der kommunalen Doppik nicht in die Ergebnishaushalte übernommen und wirken sich dort allenfalls mittelbar über Zinsaufwendungen auf den Haushaltsausgleich aus. Auf der Passivseite der Bilanz werden sie als Verbindlichkeiten erfasst.



Aufgrund der Prognose zur geplanten Unternehmensteuerreform<sup>12)</sup> soll sich das kommunale Steueraufkommen in den Jahren 2008 bis 2011 verringern. Mit der u. a. beabsichtigten Absenkung der Gewerbesteuerumlage soll die Unternehmenssteuerreform für die Kommunen jedoch mittelfristig aufkommensneutral gestaltet werden. Ab 2012 wird mit Mehreinnahmen gerechnet. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass das Steueraufkommen auch nach der Reform in hohem Maße von der konjunkturellen Entwicklung abhängig sein wird.

Steigende Einnahmen allein werden die Finanzprobleme der Kommunen nicht lösen. Aufgrund der hohen Defizite und des mittlerweile auf 12.554 Mio. € angewachsenen Schuldenbergs ist eine umfassende und nachhaltige Konsolidierung der kommunalen Finanzen dringend geboten, um verloren gegangene Handlungsspielräume zurück zu gewinnen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die demografische Entwicklung, die die Kommunen zur Anpassung ihrer Infrastruktur zwingt und gleichzeitig die fiskalische Basis schmälert.

Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden mit nicht ausgeglichenen Haushalten bestehen für freiwillige Aufgaben oder Leistungen, die aus Sicht der Bürger wünschenswert sein mögen, in absehbarer Zeit kein, bei den übrigen Kommunen kaum, finanzieller Spielraum. Ohne ernsthafte Aufgabenkritik in allen Bereichen und ohne spürbare Eingriffe in das Leistungsangebot ist keine wesentliche Besserung der Haushaltslage zu erwarten.

Vorrangige Ziele müssen die Verringerung der bisher jährlich steigenden Fehlbeträge und mittelfristig der Haushaltsausgleich sein. In einem weiteren Schritt muss die Gesamtverschuldung auf ein Niveau zurückgeführt werden, das die dauernde Leistungsfähigkeit der Kommunen nicht gefährdet. Voraussetzungen dafür sind u. a.

- die Begrenzung der konsumtiven Ausgaben auf das notwendige Maß,
- die konsequente Ausschöpfung bestehender Einnahmequellen, insbesondere die ordnungsgemäße Erhebung von Ausbau- und Erschließungsbeiträgen, Gebühren sowie Ausgleichsbeträgen zur Finanzierung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen,
- der Abbau von sachlich und wirtschaftlich nicht vertretbaren Standards, z. B. bei kommunalen Baumaßnahmen,
- die Veräußerung entbehrlichen Vermögens, z. B. von Beteiligungen, die zur Erfüllung von Kernaufgaben der Kommunen nicht erforderlich sind und die den Haushalt belasten,
- die Übertragung von Aufgaben, soweit Dritte diese kostengünstiger wahrnehmen können,
- die effiziente Zusammenarbeit benachbarter oder am gleichen Ort ansässiger kommunaler Verwaltungen und Einrichtungen, z. B. bei der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung oder bei freiwilligen Feuerwehren und Bauhöfen.

Mit der Einführung der kommunalen Doppik<sup>13)</sup> haben die Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz spätestens ab 2009 ihre Haushalte nach den Regeln der doppelten Buchführung für Gemeinden zu führen. Damit werden die Haushalte von der zahlungsorientierten auf die ressourcenorientierte Darstellung umgestellt. Eine Steuerung durch Vorgabe von Zielen für die kommunalen Leistungen soll ermöglicht werden. Die Haushaltslage wird sich allein durch den Systemwechsel, der mit erheblichen Kosten verbunden ist, nicht verbessern. Ob das Ziel der Reform erreicht wird, hängt maßgeblich davon ab, inwieweit die in Kommunalpolitik und Verwaltung Verantwortlichen die mit dem neuen Steuerungsinstrumentarium verbundenen Möglichkeiten nutzen und gebotene Entscheidungen treffen.

Eine weitere Weichenstellung für die Zukunft der kommunalen Gebietskörperschaften und die Konsolidierung ihrer Haushalte stellt die von der Landesregierung geplante kommunale Verwaltungsreform dar. Entscheidend für deren Gelingen ist es, ob die organisatorischen und territorialen Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung so gestaltet werden, dass die Aufgaben durch eine zweckmäßige Zuordnung zu den verschiedenen Ebenen effektiver erfüllt werden können und die Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften unter den Bedingungen des demografischen Wandels dauerhaft gesichert wird.

---

<sup>12)</sup> Entwurf des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008, Beschluss des Bundeskabinetts vom 14. März 2007.

<sup>13)</sup> Landesgesetz zur Einführung der kommunalen Doppik - KomDoppikLG - vom 2. März 2006 (GVBl. S. 57).

## 2. Einnahmentwicklung im Einzelnen

Die Gesamteinnahmen <sup>14)</sup> der kommunalen Gebietskörperschaften stiegen 2006 um 505 Mio. € auf 8.763 Mio. €

Jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden
	- Mio. €-			
2005	8.258	1.997	2.274	3.987
2006	8.763	2.059	2.407	4.297
mehr	505 (6,1 %)	62 (3,1 %)	133 (5,8 %)	310 (7,8 %)

Die Entwicklung der wesentlichen Einnahmen ist in Anlage 3 dargestellt.

### 2.1 Steuern

#### 2.1.1 Gesamtentwicklung

Die Kommunen verzeichneten im dritten Jahr in Folge einen Zuwachs bei den Steuereinnahmen, die 2006 mit 2.862 Mio. € ihren bisher höchsten Stand erreichten.

Jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden
	- Mio. €-			
2001	2.331	771	85	1.475
2002	2.297	803	27	1.467
2003	2.185	700	8	1.477
2004	2.400	841	8	1.551
2005	2.502	883	7	1.612
2006	2.862	985	9	1.868

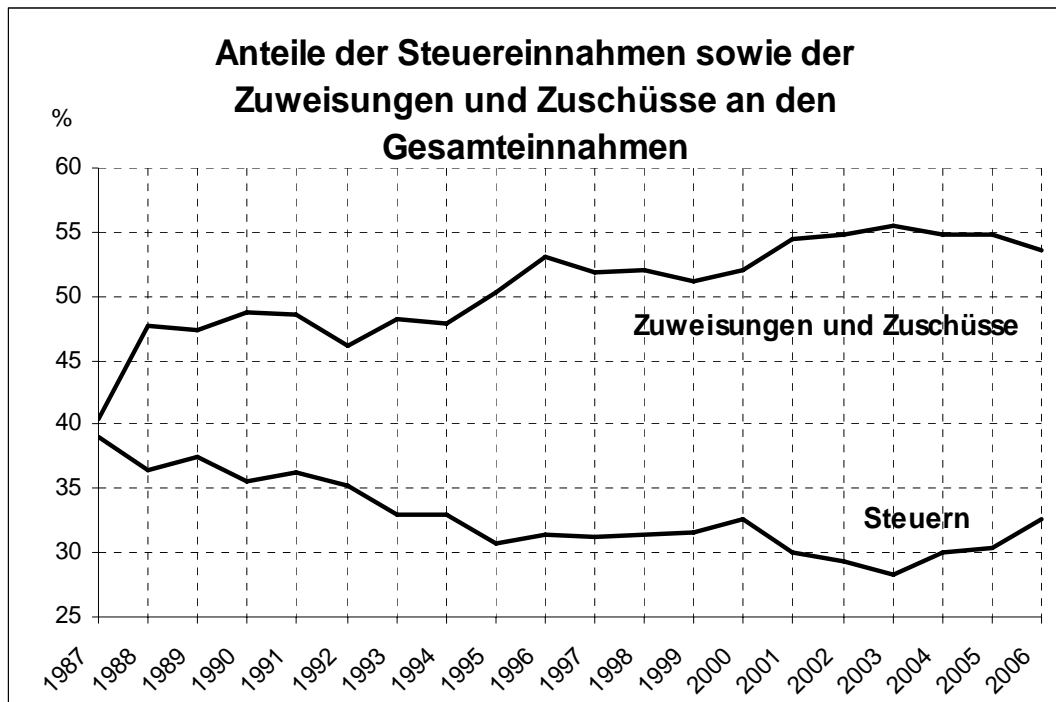
Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht, dass wesentliche Ursachen für den Zuwachs der Steuereinnahmen um 360 Mio. € im Jahr 2006 Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer waren.

Haus- halts- jahr	Gewerbesteuer (netto)		Gemeindeanteil an der Einkommensteuer		Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer		Grundsteuer A und B		Sonstige Steuern <sup>15)</sup>	
	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %
2001	708,9	-22,4	964,6	-4,9	116,1	5,4	387,6	2,0	153,4	2,6
2002	740,4	4,4	968,6	0,4	117,7	1,4	397,7	2,6	72,3	-52,9
2003	638,8	-13,7	989,2	2,1	115,4	-2,0	405,8	2,0	36,2	-49,9
2004	918,7	43,8	919,4	-7,1	111,9	-3,0	413,2	1,8	36,5	0,8
2005	1.000,0	8,8	928,6	1,0	111,7	-0,2	425,0	2,9	37,1	1,6
2006	1.245,7	24,6	1.026,4	10,5	120,1	7,5	430,4	1,3	39,8	7,3

<sup>14)</sup> Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (Schuldenaufnahme, Entnahme aus Rücklagen).

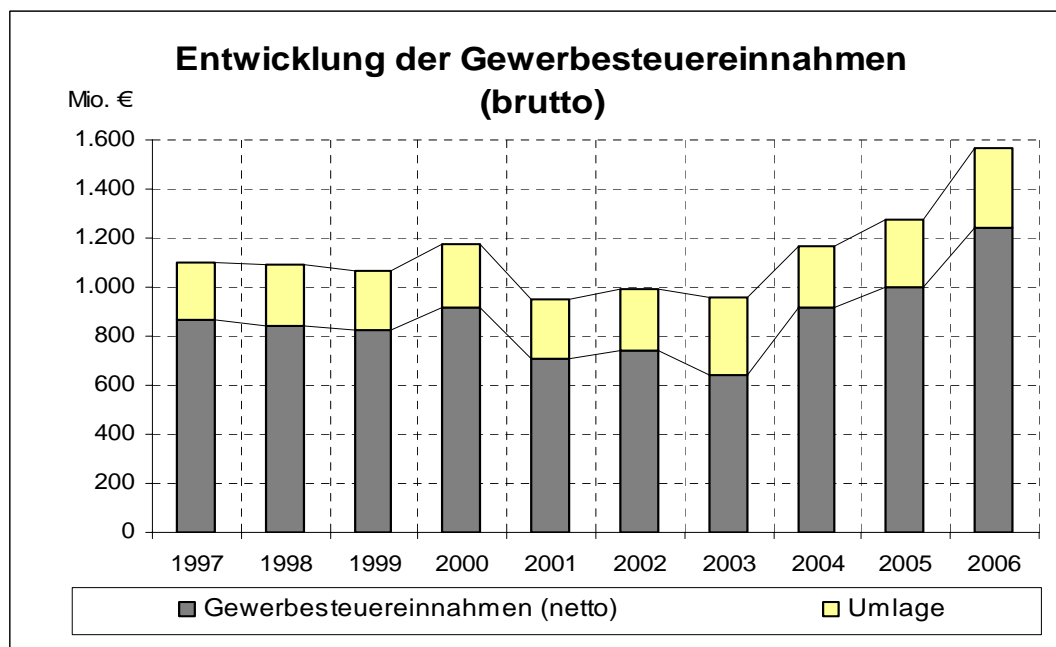
<sup>15)</sup> Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Jagdsteuer, Grunderwerbsteuer (Restabwicklungsbeträge), Zweitwohnungssteuer, Schank-  
erlaubnissteuer, steuerähnliche Einnahmen.

Der Anteil der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen an den Gesamteinnahmen verringerte sich von 1987 bis 2003 von 39,1 % auf 28,3 %, so dass sich die Kommunen in immer geringerem Maße aus eigenen Steuern finanzieren konnten. Seit 2004 erhöhte sich der Anteil wieder, insbesondere aufgrund gestiegener Gewerbesteuereinnahmen auf nunmehr 32,7 %. Das entspricht dem Niveau von 1993/1994 und 2000.



#### 2.1.2 Gewerbesteuer

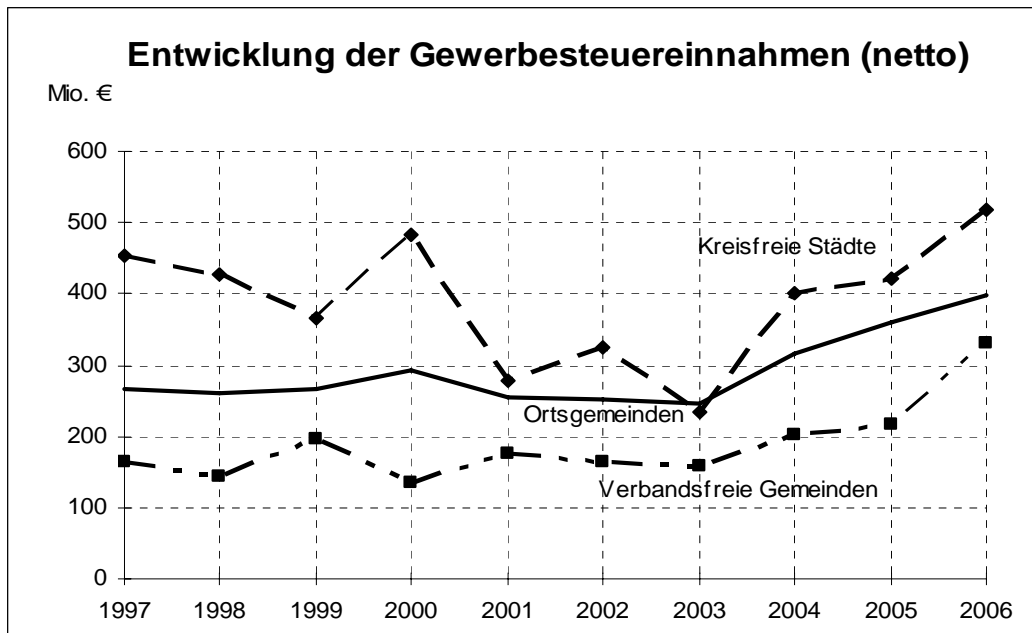
Das Bruttoaufkommen der Gewerbesteuer nahm 2006 im Vergleich zum Vorjahr erheblich zu. Es stieg um 294 Mio. € auf 1.568 Mio. €



Nach Abführung der Gewerbesteuermulage verblieben den Kommunen Mehreinnahmen von 246 Mio. € gegenüber 2005. Die Nettoeinnahmen von 1.246 Mio. € verteilen sich mit

- 517 Mio. € (+ 95 Mio. €) auf die kreisfreien Städte,
- 330 Mio. € (+ 112 Mio. €) auf die verbandsfreien Gemeinden,
- 399 Mio. € (+ 39 Mio. €) auf die Ortsgemeinden.

Der Zehnjahresvergleich zeigt, dass die Entwicklung der Nettoeinnahmen aus der Gewerbesteuer insbesondere bei den kreisfreien Städten teilweise hohen Schwankungen unterliegt, die die Planungssicherheit auf der Einnahmeseite der Haushalte erheblich beeinträchtigen.



Im Jahr 2006 waren die Nettoeinnahmen der kreisfreien Städte mit 510 € je Einwohner mehr als doppelt so hoch wie die der verbandsfreien Gemeinden und Ortsgemeinden mit 239 € je Einwohner.

Bei den kreisfreien Städten verlief die Entwicklung des Nettoaufkommens der Gewerbesteuer nach der Kassenstatistik sehr unterschiedlich.

Kreisfreie Stadt	Gewerbesteuer (netto) in 1.000 €			
	2004	2005	2006	Veränderung 2005 zu 2006
Koblenz	67.227	67.010	107.813	40.803
Trier	25.441	32.639	42.545	9.906
Frankenthal (Pfalz)	6.684	12.157	10.858	-1.299
Kaiserslautern	20.296	21.580	28.890	7.310
Landau i. d. Pfalz	13.508	12.729	14.248	1.519
Ludwigshafen am Rhein	106.408	115.406	109.826	-5.580
Mainz	81.916	83.559	118.830	35.271
Neustadt a. d. Weinstraße	11.748	15.670	9.862	-5.808
Pirmasens	12.703	10.320	10.611	291
Speyer	19.711	21.428	21.004	-424
Worms	27.526	20.280	26.059	5.779
Zweibrücken	8.729	9.889	16.672	6.783
Insgesamt	401.897	422.667	517.218	94.551

Mehr als 80 % des Einnahmewachses entfiel auf die Städte Koblenz und Mainz. Ein Drittel der kreisfreien Städte verzeichnete sogar Mindereinnahmen.

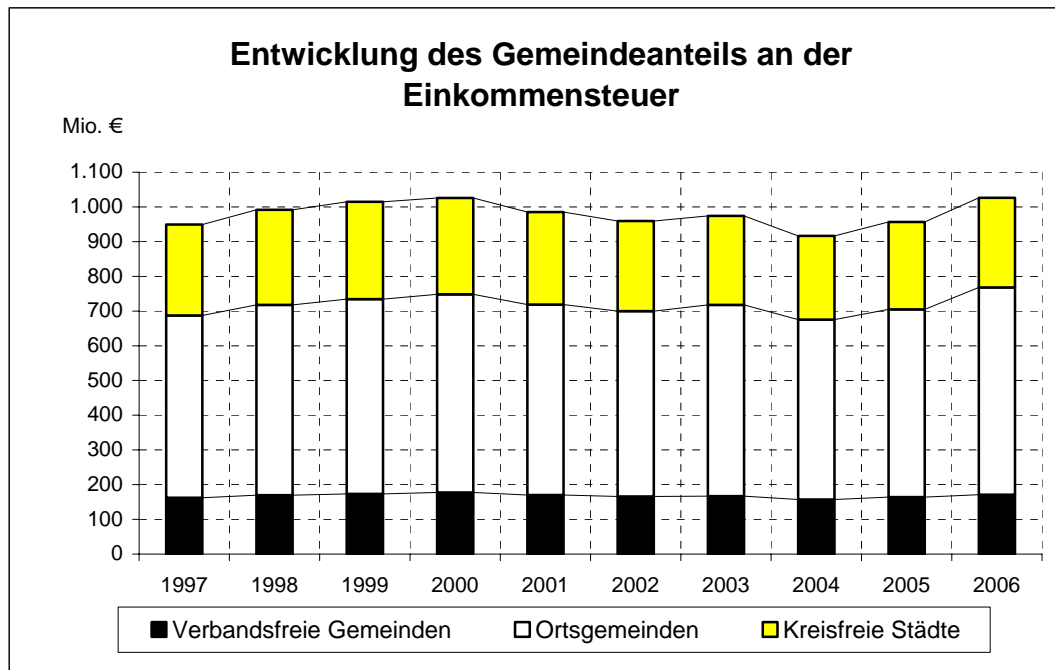
Von den Mehreinnahmen der verbandsfreien Gemeinden von 112 Mio. € entfielen allein 68 % auf die Stadt Ingelheim am Rhein.

Die unterschiedliche Entwicklung war überwiegend auf Veränderungen in der Zahl der Gewerbebetriebe, größere Nachzahlungen sowie auf Steuererstattungen zurückzuführen. Zudem beeinflusste die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen ortsansässigen Gewerbebetriebe die Höhe der Gewerbesteuereinnahmen.

### 2.1.3 Gemeindeanteile an Einkommensteuer und der Umsatzsteuer

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stieg 2006 gegenüber dem Vorjahr um 97 Mio. € auf 1.026 Mio. €. Von den Einnahmen entfielen 258 Mio. € auf die kreisfreien Städte und 768 Mio. € auf die kreisangehörigen Gemeinden.

Im Zehnjahresvergleich betrachtet, fiel die Steigerung der Einnahmen in diesem Bereich aufgrund zahlreicher Steuerentlastungsgesetze mit 8 % vergleichsweise gering aus.



Das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erhöhte sich 2006 um 8 Mio. € auf 120 Mio. €. Davon entfielen 56 Mio. € auf die kreisfreien Städte und 64 Mio. € auf die kreisangehörigen Gemeinden.

### 2.1.4 Grundsteuer

Die Einnahmen aus der Grundsteuer<sup>16)</sup> erhöhten sich 2006 um 5 Mio. € auf 430 Mio. €. Je Einwohner waren dies 141 € bei den kreisfreien Städten und 94 € bei den kreisangehörigen Gemeinden. Die Mehreinnahmen betrafen ausschließlich die Grundsteuer B und waren im Wesentlichen auf die Bebauung von Grundstücken zurückzuführen.

## 2.2 Zuweisungen und Zuschüsse

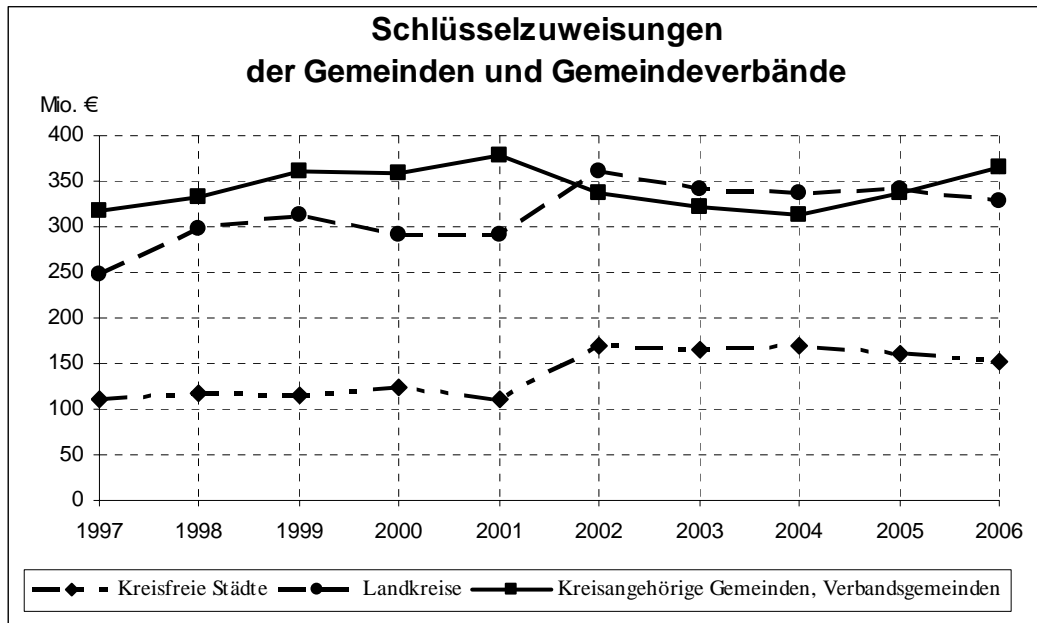
Im Jahr 2006 betrug der Gesamtbetrag der Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen 4.695 Mio. €. Dieser setzte sich zusammen aus Zuweisungen und Zuschüssen<sup>17)</sup> von

- 4.177 Mio. € (+ 196 Mio. € gegenüber 2005) für laufende Zwecke,
- 518 Mio. € (- 28 Mio. €) für Investitionen. Davon gewährte das Land 332 Mio. €

<sup>16)</sup> Steuergegenstand sind die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) und der übrige Grundbesitz (Grundsteuer B).

<sup>17)</sup> Von Bund, Land, Gemeinden (einschließlich Umlagen) sowie von anderen Bereichen.

Von den laufenden Zuweisungen des Landes von 2.159 Mio. € entfielen 846 Mio. € (39,2 %) auf die Schlüsselzuweisungen A und B sowie die Investitionsschlüsselzuweisungen<sup>18)</sup>. Die Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen verminderten sich bei den kreisfreien Städten um 7 Mio. € und bei den Landkreisen um 14 Mio. € während sie sich bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden um 29 Mio. € erhöhten.



Aufgrund der defizitären Haushaltslage vieler Kommunen wurden nach den Planungen 2006 mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde<sup>19)</sup> 25 Mio. € der insgesamt gewährten Investitionsschlüsselzuweisungen von 31,5 Mio. € zum Ausgleich der Verwaltungshaushalte oder zur Verminderung des jeweiligen Fehlbedarfs genutzt. Damit wurden insgesamt 79 % der Zuweisungen nicht für investive Zwecke verwendet. Bei den kreisfreien Städten und Landkreisen waren dies jeweils die gesamten Zuweisungen und bei den kreisangehörigen Gemeinden 31 %.

Für das Haushaltsjahr 2007 betragen die allgemeinen und zweckgebundenen Zuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs (Finanzausgleichsmasse) nach dem Haushaltsplan des Landes 1.724 Mio. € einschließlich eines Darlehens von 63 Mio. € zur Stabilisierung und Verstetigung der kommunalen Einnahmen<sup>20)</sup>. Zuzüglich der in den Vorjahren kumulierten Verstetigungsdarlehen von 625 Mio. € wird sich die Rückzahlungsverpflichtung der Kommunen bis Ende 2007 auf 688 Mio. € erhöhen. Aufgrund steigender Steuereinnahmen in der Verbundmasse wird 2008 mit einer Darlehenstilgung von 57 Mio. € gerechnet.

### 2.3 Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen<sup>21)</sup>

Das Aufkommen aus der Kreisumlage (Umlagesoll) betrug 2006 insgesamt 758 Mio. € (+ 62 Mio. € gegenüber 2005). Das sind 33 % der Einnahmen der laufenden Rechnung der Landkreise. Im Vergleich der Jahre 1997 und 2006 nahm das Umlageaufkommen um 172 Mio. € zu. Der landesdurchschnittliche Umlagesatz erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 34,59 % auf 38,10 %.

Das Aufkommen aus der Verbandsgemeindeumlage - einschließlich Sonderumlagen - stieg um 36 Mio. € auf 544 Mio. €. Das entspricht 57 % der Einnahmen der laufenden Rechnung. Im Zehnjahresvergleich erhöhte sich das Umlageaufkommen um 108 Mio. € und der landesdurchschnittliche Umlagesatz von 37,97 % auf 40,40 %.

<sup>18)</sup> Die Schlüsselzuweisungen A, die zum Ausgleich unterschiedlicher Steuerkraft gewährt werden, betragen 124,1 Mio. € die Schlüsselzuweisungen B 690,4 Mio. € und die Investitionsschlüsselzuweisungen 31,5 Mio. €. Die Schlüsselzuweisungen je Einwohner beliefen sich bei den kreisfreien Städten auf 152 € und bei den übrigen kommunalen Gebietskörperschaften auf 226 €.

<sup>19)</sup> § 10 Abs. 2 und 3 Landesfinanzausgleichsgesetz - LFAG - vom 30. November 1999 (GVBl. S. 415), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 2. März 2006 (GVBl. S. 57).

<sup>20)</sup> Die Landesleistungen im kommunalen Finanzausgleich sind ab 2003 mit einer Mindesthöhe von 1.606 Mio. € garantiert. Um diese Summe zu erreichen, gewährt das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden ein Verstetigungsdarlehen (Einzelplan 20 Allgemeine Finanzen, Kapitel 20 06 Zuweisungen an Gebietskörperschaften, Titel 853 01 Verstetigungsdarlehen nach § 34 LFAG). Die Garantiesumme erhöht sich ab 2005 jährlich um 1 % und beträgt 1.655 Mio. € im Haushaltsjahr 2007.

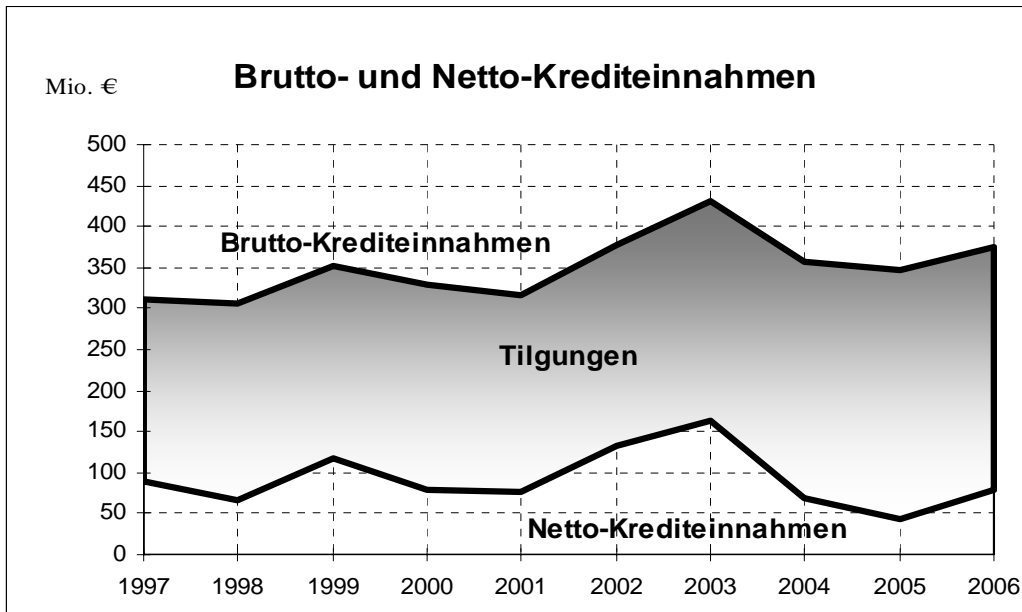
<sup>21)</sup> Vgl. 1997 Handbuch der Finanzstatistik, Tabellen 621 und 623; 2006 Statistischer Bericht des Statistischen Landesamts, Kennziffer L II-j/06.

## 2.4 Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen

Die Einnahmen aus Veräußerungserlösen von 215 Mio. € fielen 2006 auf den niedrigsten Wert seit 1993. Nach Abzug der Ausgaben für den Sacherwerb und den Erwerb von Beteiligungen verblieben Finanzierungsmittel von 3 Mio. € für sonstige Ausgaben.

## 2.5 Einnahmen aus Krediten

Die Brutto-Krediteinnahmen stiegen 2006 gegenüber dem Vorjahr um 27 Mio. € auf 375 Mio. €<sup>22)</sup>. Bei Tilgungsleistungen von 295 Mio. €<sup>23)</sup> errechnet sich damit eine Netto-Neuverschuldung von 80 Mio. €. Das sind 37 Mio. € mehr als im Vorjahr.



Von der Netto-Neuverschuldung entfielen 13 Mio. € auf die kreisfreien Städte, 12 Mio. € auf die Landkreise und 55 Mio. € auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden.

<sup>22)</sup> Davon 3 Mio. € in der Kapitalrechnung und 372 Mio. € in den besonderen Finanzierungsvorgängen.

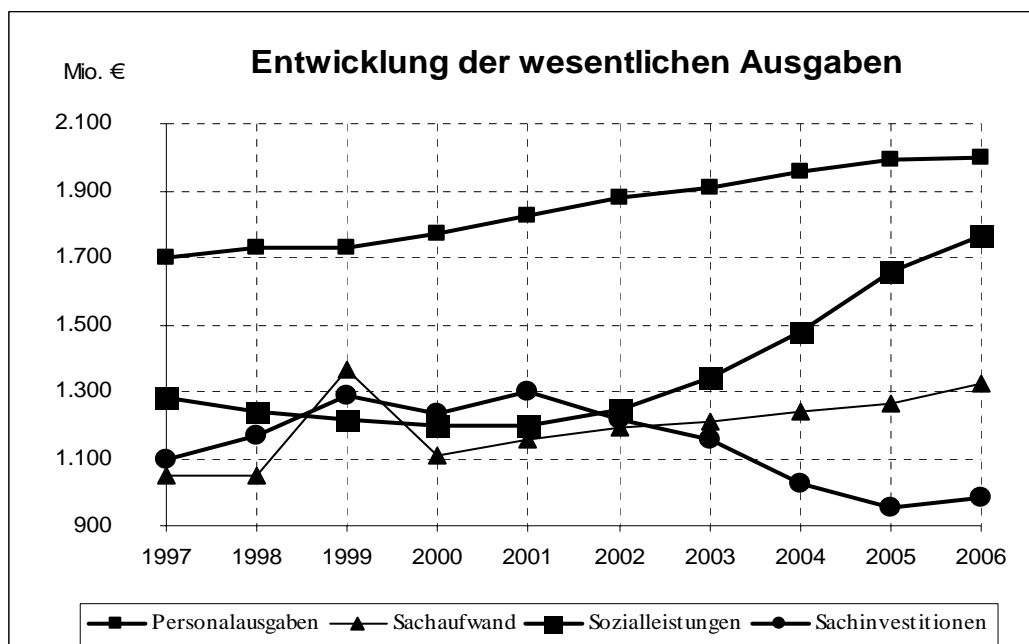
<sup>23)</sup> Davon 9 Mio. € in der Kapitalrechnung und 286 Mio. € in den besonderen Finanzierungsvorgängen.

### 3. Ausgabenentwicklung im Einzelnen

Die Gesamtausgaben<sup>24)</sup> der Gemeinden und Gemeindeverbände erhöhten sich 2006 gegenüber dem Vorjahr um 303 Mio. € (3,5 %) auf 9.015 Mio. €

Jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden
	- Mio. € -			
2005	8.712	2.246	2.413	4.053
2006	9.015	2.224	2.562	4.229
mehr (+) weniger (-)	+ 303  (+ 3,5 %)	-22  (- 1,0 %)	+ 149  (+ 6,2 %)	+ 176  (+ 4,3 %)

Auffällig im Zehnjahresvergleich ist der deutliche Anstieg der Ausgaben für Sozialleistungen seit 2001.



Die Entwicklung der wesentlichen Ausgaben des Jahres 2006 im Vergleich zum Vorjahr nach Gebietskörperschaftsgruppen ist in Anlage 4 dargestellt.

#### 3.1 Personalausgaben

Die Personalausgaben erhöhten sich 2006 gegenüber dem Vorjahr um 9 Mio. € auf insgesamt 2.001 Mio. €<sup>25)</sup> und beanspruchten damit 25,4 % der Ausgaben der laufenden Rechnung. Bei den kreisfreien Städten betrug der Anteil 31,6 %, bei den Landkreisen 14,3 % und bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 29,4 %. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre ist nur bedingt möglich, weil Einrichtungen aus den Haushalten ausgelagert wurden und keine Daten über den Umfang der betreffenden Personalausgaben vorliegen.

<sup>24)</sup> Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (Schuldentilgung, Zuführung an Rücklagen, Deckung von Vorjahresfehlbeträgen).

<sup>25)</sup> Die Ausgaben für Löhne, Gehälter, Dienstbezüge und Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten betragen 1.712 Mio. € auf Versorgungsbezüge entfielen 235 Mio. € und auf sonstige Personalausgaben 54 Mio. €



### 3.2 Ausgaben für Sozialleistungen

Die Ausgaben für Sozialleistungen stiegen 2006 gegenüber dem Vorjahr um 106 Mio. € oder 6,4 % auf 1.763 Mio. €. Während sich die Ausgaben der kreisfreien Städte um 3,6 % und die der Landkreise um 9,0 % erhöhten, gingen die Ausgaben der kreisangehörigen Gemeinden um 0,9 % zurück.

Entwicklung der Ausgaben für Sozialleistungen						
Ausgabeart	2002	2003	2004	2005	2006	2005/2006
	- Mio. € -					%
Kommunale Ausgaben für die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	-	-	-	413,0	507,8	23,0
Leistungen der Sozialhilfe an Personen außerhalb von Einrichtungen	443,6	434,4	441,6	230,8	213,4	-7,5
Leistungen der Sozialhilfe an Personen in Einrichtungen	408,4	440,5	521,3	609,9	626,9	2,8
Leistungen an Kriegsoffer und ähnliche Anspruchsberechtigte	15,6	15,8	17,2	17,9	18,7	4,5
Leistungen der Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	82,6	88,1	92,1	97,0	106,1	9,4
Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen	158,7	164,0	168,4	175,8	176,0	0,1
Sonstige soziale Leistungen <sup>26)</sup>	76,1	146,9	191,9	68,6	74,7	8,9
Leistungen an Asylbewerber	60,4	53,6	48,8	44,2	39,8	-10,0
Summe	1.245,4	1.343,3	1.481,3	1.657,2	1.763,4	6,4

Die Entwicklung der Ausgaben war vor allem geprägt durch die Aufwendungen der Kommunen für Leistungen nach dem SGB II <sup>27)</sup>. Der kommunale Anteil belief sich 2006 auf 507,8 Mio. €. Mit 94,8 Mio. € oder 23 % war hier der höchste absolute und prozentuale Zuwachs bei den Sozialleistungen zu verzeichnen. Den Ausgaben standen Einnahmen aus der Beteiligung des Bundes und des Landes an den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende von 190,7 Mio. € gegenüber.

Belastung der kommunalen Gebietskörperschaften 2005 und 2006 durch die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende				
	2005	2006	2005/2006	2005/2006
	- Mio. € -			%
Ausgaben	413,0	507,8	94,8	23,0
abzüglich Leistungen des Bundes und des Landes	144,0	190,7	46,7	32,4
Kommunaler Anteil	269,0	317,1	48,1	17,9

Die Leistungen der Sozialhilfe an Personen außerhalb von Einrichtungen verringerten sich um 17,4 Mio. € auf 213,4 Mio. € (- 7,5 %). Die Leistungen der Sozialhilfe an Personen in Einrichtungen hingegen stiegen um 17,0 Mio. € oder 2,8 % auf 626,9 Mio. € <sup>28)</sup>.

Die Leistungen der Jugendhilfe insgesamt stiegen 2006 gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Mio. € oder 3,4 %.

<sup>26)</sup> In den Jahren 2003 und 2004 wurden die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bei den sonstigen sozialen Leistungen nachgewiesen.

<sup>27)</sup> Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende - vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 378, 442).

<sup>28)</sup> Zum 1. Januar 2006 wurden drei überregionale Einrichtungen, die der Eingliederung behinderter Menschen dienen, regionalisiert.

### 3.3 Zinsausgaben

Die Zinsausgaben für die Investitions- und Kassenkredite gingen 2006 gegenüber dem Vorjahr um 1 Mio. € auf 295 Mio. € zurück. Sie verringerten sich bei den kreisfreien Städten um 4,3 % und erhöhten sich dagegen bei den Landkreisen um 7,3 %. Bei den kreisangehörigen Gemeinden blieben die Zinsausgaben gleich hoch.

Im Zehnjahresvergleich bewegten sich die Ausgaben auf einem relativ konstanten Niveau.

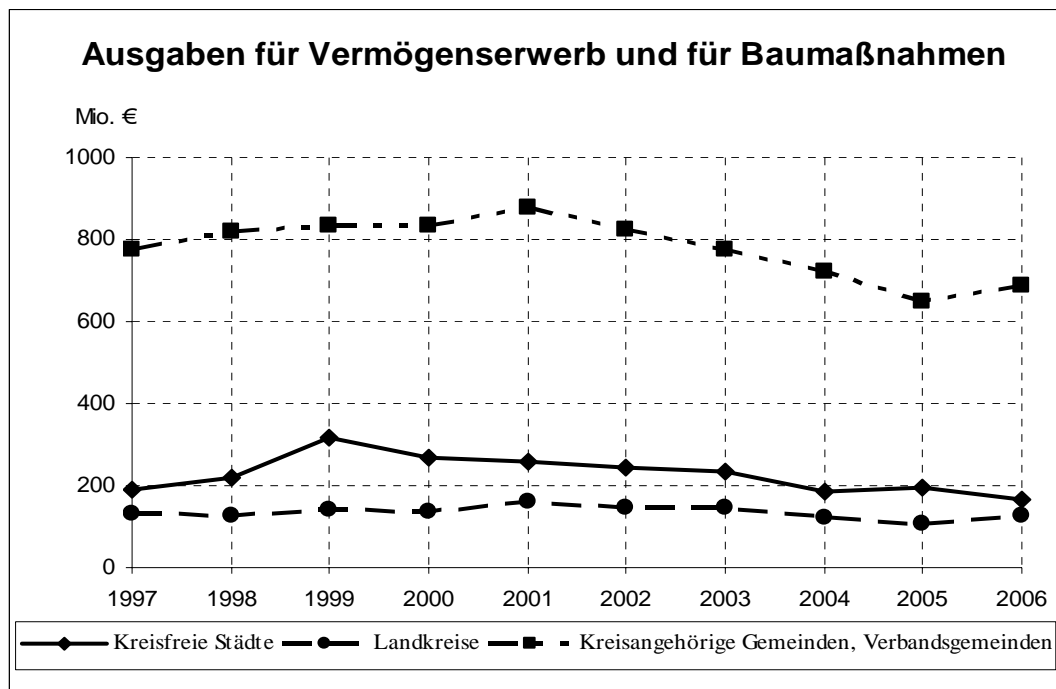
Zinsausgaben in Mio. €									
1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
298	297	262	281	301	298	294	298	296	295

Die Zinssteuerquote, d. h. das Verhältnis der Zinsausgaben zu den Einnahmen aus Steuern, hat sich aufgrund der gestiegenen Steuereinnahmen seit 2004 verringert.

Zinssteuerquote in %					
2001	2002	2003	2004	2005	2006
12,9	13,0	13,5	12,4	11,8	10,3

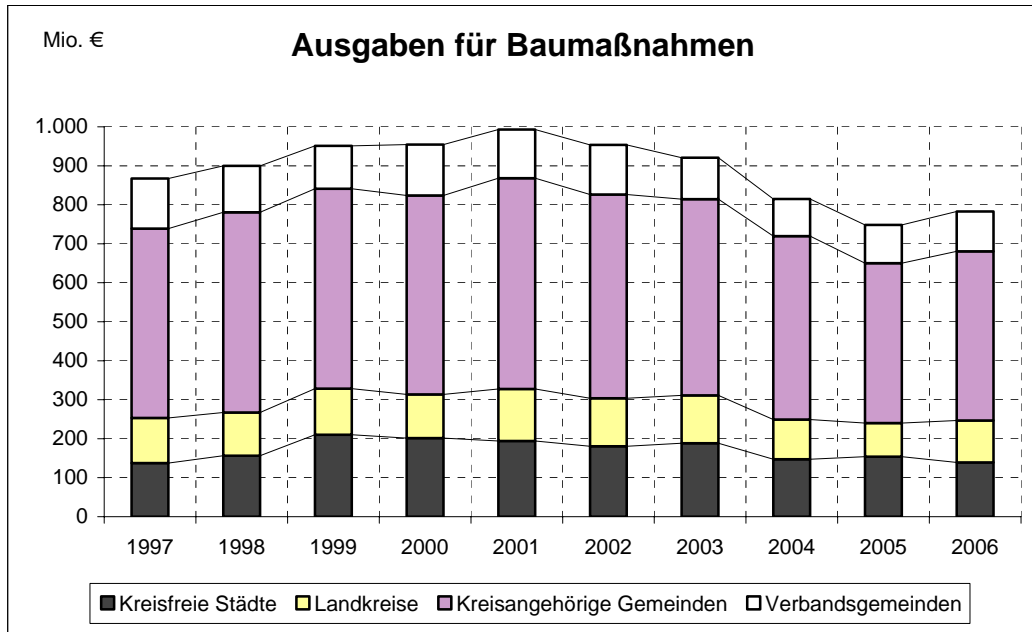
### 3.4 Sachinvestitionen

Die Sachinvestitionen, die von 2001 bis 2005 von 1.298 Mio. € auf 952 Mio. € zurückgegangen waren, erhöhten sich 2006 auf 982 Mio. € Davon entfielen 70 % auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden.



Die Ausgaben für Baumaßnahmen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 34 Mio. € auf 783 Mio. € Dies war auf die Investitionstätigkeit der kreisangehörigen Gemeinden, der Verbandsgemeinden und der Landkreise zurückzuführen, die zusammen 49 Mio. € mehr ausgaben als im Vorjahr. Die kreisfreien Städte verringerten ihre Ausgaben dagegen um 15 Mio. €

Um den gleichen Betrag verringerten sich auch die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen Dritter, für die die Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt 107 Mio. € aufbrachten.



Eine zutreffende Beurteilung der langfristigen Entwicklung der kommunalen Sachinvestitionen setzt eine Konzernbetrachtung voraus, in der auch die Investitionstätigkeit von Einrichtungen und Unternehmen, die sich ganz oder teilweise in kommunalem Besitz befinden, erfasst werden. Exakte und aktuelle Daten über die den Gemeinden und Gemeindeverbänden zuzurechnende Investitionstätigkeit außerhalb der kommunalen Haushalte liegen derzeit nicht vor. Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass dem Begriff "Investition" im kameralen und kaufmännischen Rechnungswesen unterschiedliche Definitionen zugrunde liegen. Aussagen über den tatsächlichen Stand und die Entwicklung der Ausgaben für kommunale Sachinvestitionen sind daher nur eingeschränkt möglich<sup>29)</sup>.

<sup>29)</sup> Nach einer Ermittlung des Statistischen Landesamts für 2004 betragen die Investitionsausgaben der mehrheitlich in kommunaler Trägerschaft stehenden Einrichtungen 1.440 Mio. €. Sie entsprachen damit etwa dem Anderthalbfachen der über die kommunalen Haushalte finanzierten Investitionsausgaben.

## 4. Schulden der Kommunen

### 4.1 Gesamtschulden

Ohne Berücksichtigung der Schulden der Eigenbetriebe und Krankenanstalten wiesen die Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz 2005 im Vergleich der acht Flächenländer (West) die dritthöchste Pro-Kopf-Verschuldung<sup>30)</sup> aus.

Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände								
	- €-							
	Baden-Württemb.	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinl.-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein
2000	752	1.110	1.625	1.253	1.539	1.259	1.480	1.017
2001	792	1.113	1.607	1.260	1.566	1.342	1.506	1.024
2002	726	1.150	1.647	1.289	1.615	1.454	1.574	1.015
2003	756	1.248	1.734	1.397	1.778	1.617	1.661	1.084
2004	750	1.287	1.859	1.469	1.846	1.735	1.781	1.149
2005	749	1.274	1.967	1.506	1.967	1.856	1.838	1.199
Veränderung 2000 zu 2005	-3	164	342	253	428	597	358	182

Die ergänzend hierzu in der Anlage 5 dargestellten Zahlen belegen, dass die rheinland-pfälzischen Kommunen den auf Einwohner bezogenen Durchschnittswert der Kommunen der Flächenländer (West) für die Verschuldung um 22 % und den für die Kassenkredite und inneren Darlehen um 88 % überschreiten. Bei dieser Betrachtung ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Daten wegen des unterschiedlichen Stands der Auslagerung von Einrichtungen aus den kommunalen Haushalten nur begrenzt vergleichbar sind.

Zählt man alle Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz zusammen, betrug Ende 2006 die Verschuldung 12.554 Mio. €<sup>31)</sup> oder 3.097 €/je Einwohner.

		2001	2002	2003	2004	2005	2006	2005/ 2006	2005/ 2006	
		- Mio. €-							%	
1.	Kredite für Investitionen									
	- Kommunale Haushalte	4.357	4.477	4.626	4.687	4.748	4.826	78	1,6	
	- Eigenbetriebe	3.931	4.016	3.982	3.997	3.938	3.938 <sup>32)</sup>			
	- Krankenanstalten	141	128	125	119	117	117 <sup>32)</sup>			
	Summe	8.429	8.621	8.733	8.803	8.803	8.881			
2.	Kassenkredite	1.048	1.389	1.906	2.324	2.756	3.048	292	10,6	
3.	Verstetigungsdarlehen <sup>33)</sup>	0	0	45	270	499	625	126	25,3	
4.	Gesamtschulden	9.477	10.010	10.684	11.397	12.058	12.554	496	4,1	

Im Zeitraum 2001 bis 2005 stiegen die Schulden der Kommunen um 27,2 % und die des Landes von 19.686 Mio. € um 29,7 % auf 25.538 Mio. € Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich der Schuldendienst der kommunalen Eigenbetriebe für die Daseinsvorsorge zum Teil durch Entgelte für die Leistungen finanziert.

Die Kommunen mit defizitären Haushalten können nicht erwarten, dass das Land aufgrund seiner Finanzsituation zusätzliche finanzielle Hilfen gewähren wird.

<sup>30)</sup> Die Angaben sind aus den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 5, "Schulden der öffentlichen Haushalte" ermittelt (Bevölkerung zum 30. Juni des Bezugsjahres). Aktuellere Werte liegen noch nicht vor.

<sup>31)</sup> Die dargestellten Schulden bis 2005 sind aus den Schuldenstatistiken zum 31.12. der jeweiligen Jahre entnommen, für 2006 aus der Fortschreibung der vierteljährlichen Kassenstatistik zum 31.12.2006 (die Schuldenstatistik zum 31. Dezember 2006 lag noch nicht vor).

<sup>32)</sup> Jahresergebnis 2005, aktuellere Werte lagen noch nicht vor.

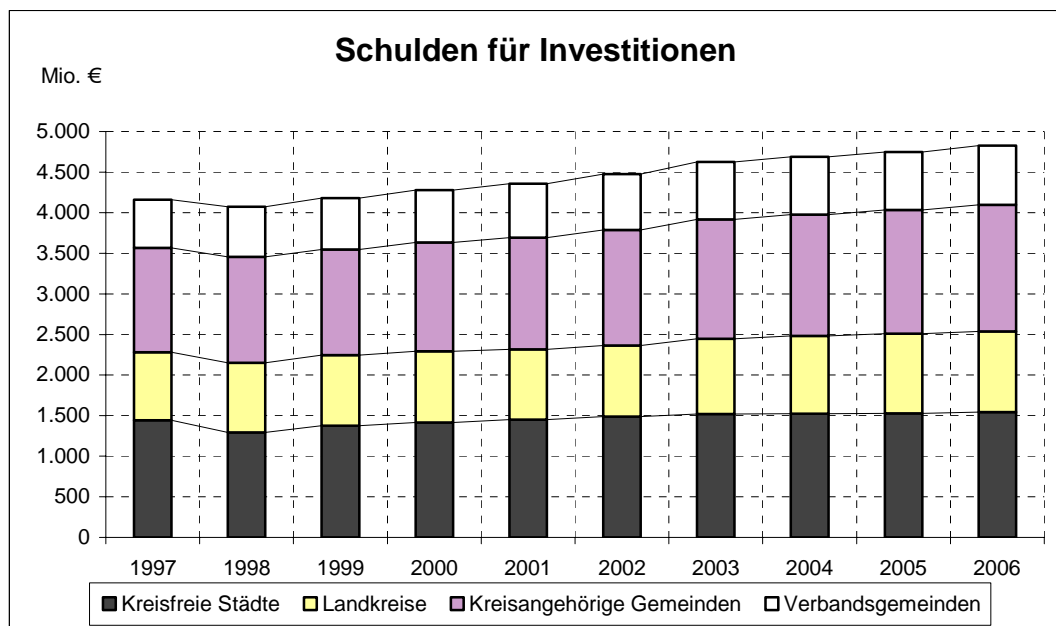
<sup>33)</sup> Siehe Tz. 2.2 Zuweisungen und Zuschüsse.

## 4.2 Kredite für Investitionen

Von den Schulden der kommunalen Haushalte für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen von insgesamt 4.826 Mio. € entfielen

- 1.543 Mio. € auf die kreisfreien Städte,
- 993 Mio. € auf die Landkreise,
- 1.563 Mio. € auf die kreisangehörigen Gemeinden und
- 727 Mio. € auf die Verbandsgemeinden.

Der Zehnjahresvergleich zeigt, dass die Schulden mit Ausnahme des Jahres 1998 kontinuierlich gestiegen sind.



Im Einzelnen ist die Aufteilung der Schulden für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Ende 2005<sup>34)</sup> auf die kreisfreien Städte und auf die Landkreise einschließlich der kreisangehörigen verbandsfreien Gemeinden, Verbands- und Ortsgemeinden (Landkreisbereich) in Anlage 6 dargestellt.

Bei den kreisfreien Städten lagen die Schulden je Einwohner zwischen 831 € (Stadt Landau in der Pfalz) und 2.254 € (Stadt Trier). Im Landkreisbereich betrug der niedrigste Wert 411 € (Landkreis Südwestpfalz) und der höchste 1.492 € (Landkreis Vulkaneifel).

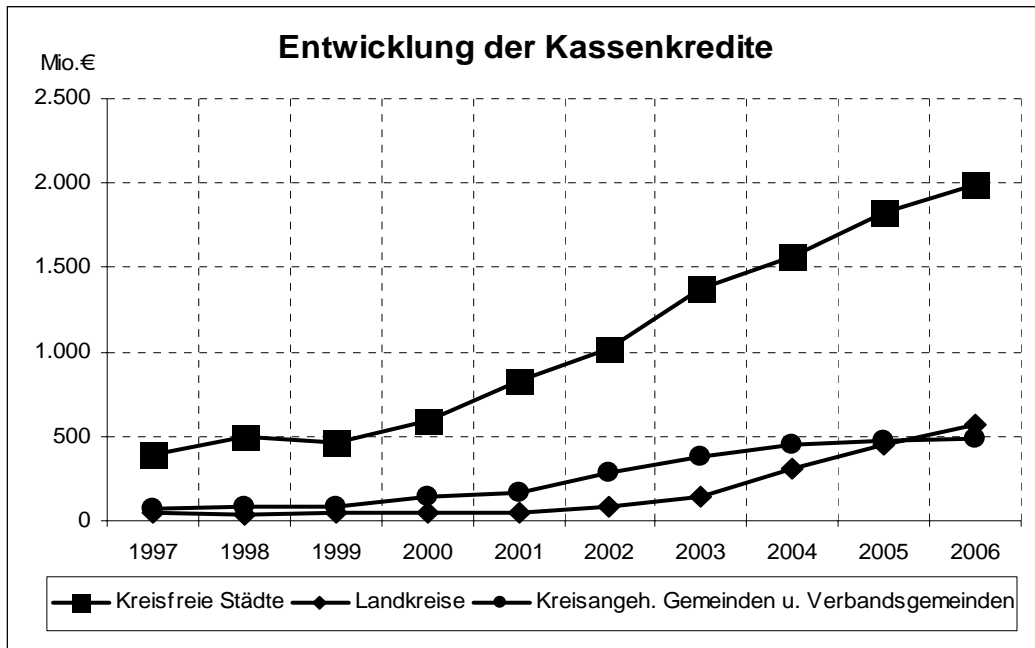
Die Schulden der kommunalen Eigenbetriebe Ende 2005 betragen 3.938 Mio. € und die der Krankenanstalten 117 Mio. €<sup>35)</sup>.

## 4.3 Kassenkredite

Trotz der insgesamt höheren Einnahmen setzte sich der seit Jahren besorgniserregende Zuwachs an Kassenkrediten auch 2006 fort. Diese stiegen um 292 Mio. € auf 3.048 Mio. € d. h. auf das Sechsfache seit 1997. Das ist im Wesentlichen auf den unter Nr. 1.2 dargestellten Zuwachs der Fehlbeträge zurückzuführen.

<sup>34)</sup> Aktuellere Werte lagen noch nicht vor.

<sup>35)</sup> Angaben über die Kredite für Investitionen der rechtlich selbständigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die sich ganz oder anteilig im Besitz einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbands befinden, liegen nicht vor.



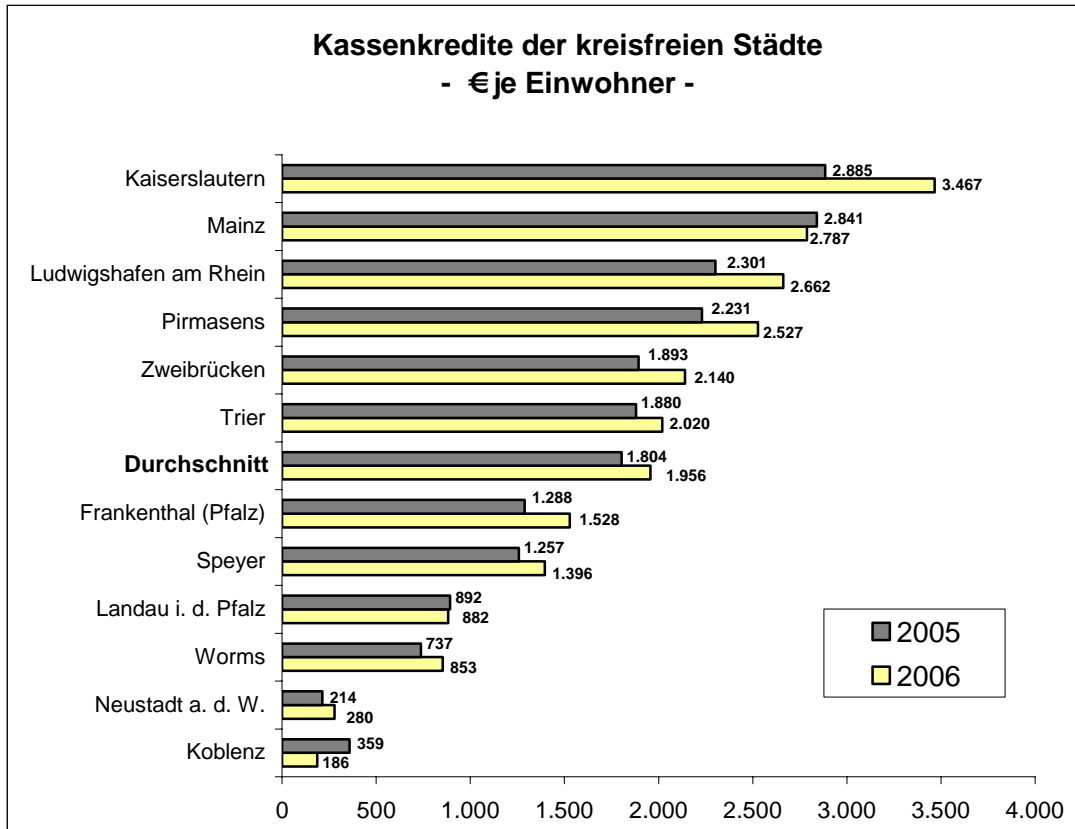
Insgesamt hatten 137 der 236 hauptamtlich geleiteten Gebietskörperschaften<sup>36)</sup> Kassenkredite aufgenommen. Der höchste Anteil an Kassenkrediten entfiel mit 1.989 Mio. € auf die kreisfreien Städte. Die Landkreise und die kreisangehörigen Kommunen nahmen Kassenkredite von 1.059 Mio. € auf.

	Anzahl der Gebietskörperschaften		Höhe der Kassenkredite	Anteil an der Gesamthöhe der Kassenkredite	2005/2006
	insgesamt	mit Kassenkrediten	Mio. €	%	Mio. €
Kreisfreie Städte	12	12	1.989	65,2	+ 159
Landkreise	24	20	572	18,8	+ 120
Große kreisangehörige Städte	8	7	87	2,9	+ 3
Verbandsfreie Gemeinden	29	11	35	1,1	- 4
Verbandsgemeinden	163	87	365	12,0	+ 14
<b>Insgesamt</b>	<b>236</b>	<b>137</b>	<b>3.048</b>	<b>100,0</b>	<b>+292</b>

Im Jahr 2006 entsprach der Stand der Kassenkredite aller Kommunen in Rheinland-Pfalz 63 % des Schuldenstands der Kredite für Investitionen. Bei den kreisfreien Städten überschritt das Volumen der Kassenkredite, wie in den Vorjahren, die langfristigen Kredite für Investitionen um 29 %.

Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Städte Mainz, Koblenz und Landau in der Pfalz ihren Bestand an Kassenkrediten insbesondere aufgrund höherer Gewerbesteuerereinnahmen verringern. Bei allen anderen kreisfreien Städten stiegen die Kassenkredite weiter an. Im Einzelnen entwickelten sich die Belastungen je Einwohner 2006 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

<sup>36)</sup> Ohne die 2.257 Ortsgemeinden. Die Kassen- und Rechnungsgeschäfte der Ortsgemeinden obliegen den Verbandsgemeindeverwaltungen (§ 68 Abs. 1 GemO). Kassenkredite nehmen nur Verbandsgemeindeverwaltungen auf.



Bei fünf Städten betrug das Volumen der Kassenkredite zwischen 50 % und 100 % der Einnahmen der Verwaltungshaushalte. Bei weiteren fünf Städten entsprachen die Kassenkredite bis zu 170 % der Einnahmen.

Stadt	Kassenkredite 2006	Einnahmen Verwaltungshaushalte Planung 2006	Anteil
	- Mio €-		%
Koblenz	19,8	283,8	7,0
Neustadt a. d. W.	15,0	79,9	18,8
Landau i. d. Pfalz	37,8	70,8	53,4
Worms	70,0	128,4	54,5
Speyer	70,5	93,7	75,2
Trier	201,1	221,4	90,8
Ludwigshafen am Rhein	435,5	440,4	98,9
Frankenthal (Pfalz)	72,0	68,2	105,6
Zweibrücken	75,0	68,5	109,5
Pirmasens	108,0	82,5	130,9
Mainz	544,0	376,8	144,4
Kaiserslautern	340,8	200,2	170,2

Die Kassenkredite der Landkreise einschließlich der kreisangehörigen Kommunen lagen zwischen 28 €je Einwohner im Landkreis Ahrweiler und 996 €je Einwohner im Landkreis Kusel. Der Durchschnittswert betrug 349 €je Einwohner.

Bei den acht großen kreisangehörigen Städten ergaben sich infolge der Kassenkredite Schulden von 87 Mio. € oder von durchschnittlich 336 € je Einwohner. Die Einzelwerte für die Kassenkredite im Landkreisbereich und in den großen kreisangehörigen Städten sind den Anlagen 7 und 8 zu entnehmen.

Nach § 105 GemO und Nr. 1 der Verwaltungsvorschriften zu § 105 GemO dürfen Kassenkredite lediglich zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe aufgenommen werden. Aufgrund der seit über einem Jahrzehnt anhaltenden negativen Finanzierungssalden vieler kommunaler Gebietskörperschaften werden Kassenkredite zunehmend zur Finanzierung von Fehlbeträgen aus früheren Haushaltsjahren genutzt. Die abweichend von den gesetzlichen Bestimmungen verwandten Kassenkredite spiegeln die finanziell prekäre Lage vieler kommunaler Gebietskörperschaften wider. Daran wird deutlich, dass intensive Konsolidierungsbemühungen als wirksame Zukunftsvorsorge auch weiterhin dringend geboten sind.

**Der Kommunalbericht 2006 zur Haushaltslage der Gemeinde und Gemeindeverbände wurde  
vom Kollegium des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz  
am 16. April 2007 abschließend beraten**

gez. Hartloff  
Präsident

gez. Binz  
Vizepräsidentin

gez. Herrmann  
Ltd. Ministerialrat

gez. Schill  
Ltd. Ministerialrätin

gez. Dr. Siebelt  
Ltd. Ministerialrat

gez. Dr. Topp  
Ltd. Ministerialrätin

gez. Utsch  
Ltd. Ministerialrat



**Gemeinden und Gemeindeverbände mit unausgeglichenem Haushalt  
Rechnungsergebnisse 2005  
- Fehlbeträge in € - <sup>1)</sup>**

Kreisfreie Städte			Große kreisangehörige Städte			Landkreis	Kreise		Verbandsgemeinden		Gemeinden <sup>3)</sup>	
	Anz.	Fehlbetrag		Anz.	Fehlbetrag		Anz.	Fehlbetrag	Anz.	Fehlbetrag	Anz.	Fehlbetrag
Koblenz	1	36.440.320	Bad Kreuznach	1	7.643.780	Ahrweiler	0	0	1	236	15	3.068.543
Trier	1	65.284.641	Idar-Oberstein	1	7.200.642	Altenkirchen	1	3.919.731	3	2.405.197	51	14.304.803
Frankenthal	1	28.796.224	Andernach	1	1.273.471	Bad Kreuznach	1	25.612.174	3	1.105.925	49	16.248.211
Kaiserslautern	1	139.255.399	Mayen	1	1.854.717	Birkenfeld	1	4.051.946	1	2.079.357	23	1.633.836
Landau	1	23.292.236	Neuwied	1	21.997.880	Cochem-Zell	1	5.543.148	3	663.397	47	5.342.100
Ludwigshafen	1 <sup>2)</sup>	321.456.758	Lahnstein	1	6.990.488	Mayen-Koblenz	1	18.206.243	2	191.336	22	7.406.173
Mainz	1	324.208.113	Bingen	0	0	Neuwied	1	35.987.825	1	35.694	21	15.282.717
Neustadt	1	522.697	Ingelheim	0	0	Rhein-Hunsrück-Kreis	1	3.968.195	1	9.660	4	206.260
Pirmasens	1	59.753.240	<b>Summe</b>	<b>6</b>	<b>46.960.978</b>	Rhein-Lahn-Kreis	1	7.299.982	4	366.712	39	6.873.773
Speyer	1	34.404.579				Westerwaldkreis	1	3.454.647	0	0	24	6.079.158
Worms	1	77.413.100				Bernkastel-Wittlich	1	7.196.350	3	1.918.110	57	13.249.215
Zweibrücken	1	36.327.795				Eifelkreis Bitburg-Prüm	1	7.279.689	6	11.048.739	121	13.840.580
<b>Summe</b>	<b>12</b>	<b>1.147.155.102</b>				Vulkaneifel (Dau)	1	13.878.546	2	2.468.157	30	5.580.108
						Trier-Saarburg	1	1.173.183	3	1.647.424	64	14.965.483
						Alzey-Worms	1	15.120.765	0	0	26	10.176.877
						Bad Dürkheim	1	22.701.138	3	2.585.347	33	12.329.659
						Donnersbergkreis	1	12.579.340	5	4.290.218	74	21.435.542
						Germersheim	1	4.989.051	0	0	12	1.606.924
						Kaiserslautern	1	27.527.794	6	5.129.355	26	18.427.829
						Kusel	1	20.831.419	6	5.059.577	85	9.860.591
						Südliche Weinstraße	1	5.037.698	0	0	21	2.274.204
						Rhein-Pfalz-Kreis	1	4.614.025	0	0	2	1.137.637
						Mainz-Bingen	1	4.300.000	3	854.565	30	8.725.916
						Südwestpfalz	0	0	3	437.479	41	3.156.248
						<b>Summe</b>	<b>22</b>	<b>255.272.889</b>	<b>59</b>	<b>42.296.485</b>	<b>917</b>	<b>213.212.387</b>

<b>Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt</b>	<b>1.016</b>
<b>Fehlbeträge insgesamt</b>	<b>1.704.897.841</b>

1) Die Fehlbeträge enthalten in der Regel nicht alle Altfehlbeträge des Vorjahres. Nach dem Gemeindehaushaltsrecht müssen nur die Fehlbeträge des Vorjahres in dem Haushalt des jeweils laufenden Jahres ausgeglichen werden. Soweit in dem Vorjahr Fehlbeträge entstanden sind, erhöhen diese in der Regel die Summe der Kassenkredite.

2) Veranschlagung aller Fehlbeträge aus Vorjahren.

3) Ortsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden ohne große kreisangehörige Städte.

**Gemeinden und Gemeindeverbände mit unausgeglichenem Haushalt  
Haushaltsplanung 2006  
- Fehlbedarfe in € -**

Kreisfreie Städte		
	Anz.	Fehlbedarf
Koblenz	1	221.090
Trier	1	88.426.208
Frankenthal	1	44.233.640
Kaiserslautern	1	176.353.200
Landau	1	29.412.929
Ludwigshafen	1	1) 422.950.220
Mainz	1	215.705.588
Neustadt	1	9.891.615
Pirmasens	1	53.592.990
Speyer	1	38.166.071
Worms	1	131.229.200
Zweibrücken	1	41.766.435
<b>Summe</b>	<b>12</b>	<b>1.251.949.186</b>

Große kreisangehörige Städte		
	Anz.	Fehlbedarf
Bad Kreuznach	1	11.387.630
Idar-Oberstein	1	3.577.045
Andernach	0	0
Mayen	1	1.870.056
Neuwied	1	15.480.000
Lahnstein	1	4.308.717
Bingen	0	0
Ingelheim	0	0
<b>Summe</b>	<b>5</b>	<b>36.623.448</b>

Landkreis	
Ahrweiler	0
Altenkirchen	1
Bad Kreuznach	1
Birkenfeld	1
Cochem-Zell	1
Mayen-Koblenz	1
Neuwied	1
Rhein-Hunsrück-Kreis	1
Rhein-Lahn-Kreis	1
Westerwaldkreis	0
Bernkastel-Wittlich	1
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1
Vulkaneifel (Daun)	1
Trier-Saarburg	1
Alzey-Worms	1
Bad Dürkheim	1
Donnersbergkreis	1
Germersheim	1
Kaiserslautern	1
Kusel	1
Südliche Weinstraße	1
Rhein-Pfalz-Kreis	1
Mainz-Bingen	0
Südwestpfalz	1
<b>Summe</b>	<b>21</b>

Kreise	
Anz.	Fehlbedarf
0	0
1	9.673.200
1	35.794.060
1	17.495.000
1	10.808.690
1	24.901.209
1	45.828.208
1	8.694.400
1	18.469.482
0	0
1	9.682.600
1	12.408.400
1	14.182.887
1	3.285.876
1	25.069.000
1	27.457.660
1	17.224.872
1	17.390.750
1	33.186.566
1	24.275.890
1	7.019.700
1	9.163.447
0	0
1	1.032.500
<b>21</b>	<b>373.044.397</b>

Verbandsgemeinden	
Anz.	Fehlbedarf
1	168.218
3	3.598.304
2	1.406.150
2	2.504.020
1	63.000
0	0
0	0
0	0
3	1.057.861
1	364.920
5	3.575.597
5	13.159.890
1	2.933.780
2	1.429.425
0	0
3	2.481.990
5	4.280.457
2	725.670
7	8.586.251
5	4.821.639
1	163.830
0	0
4	1.241.375
3	1.155.757
<b>56</b>	<b>53.718.134</b>

Gemeinden 2)	
Anz.	Fehlbedarf
17	3.811.390
46	16.601.585
50	17.198.473
9	2.786.293
67	11.243.581
22	9.221.937
20	14.173.156
1	291.570
50	9.066.209
14	3.714.995
67	11.340.095
127	17.537.740
39	9.660.429
69	22.341.580
30	14.328.227
30	19.114.675
75	21.767.482
16	6.352.230
29	14.811.618
89	15.895.110
27	4.023.814
7	2.775.634
27	10.753.850
52	6.238.472
<b>980</b>	<b>265.050.145</b>

1) Veranschlagung aller Fehlbeträge aus Vorjahren.

2) Ortsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden ohne große kreisangehörige Städte.

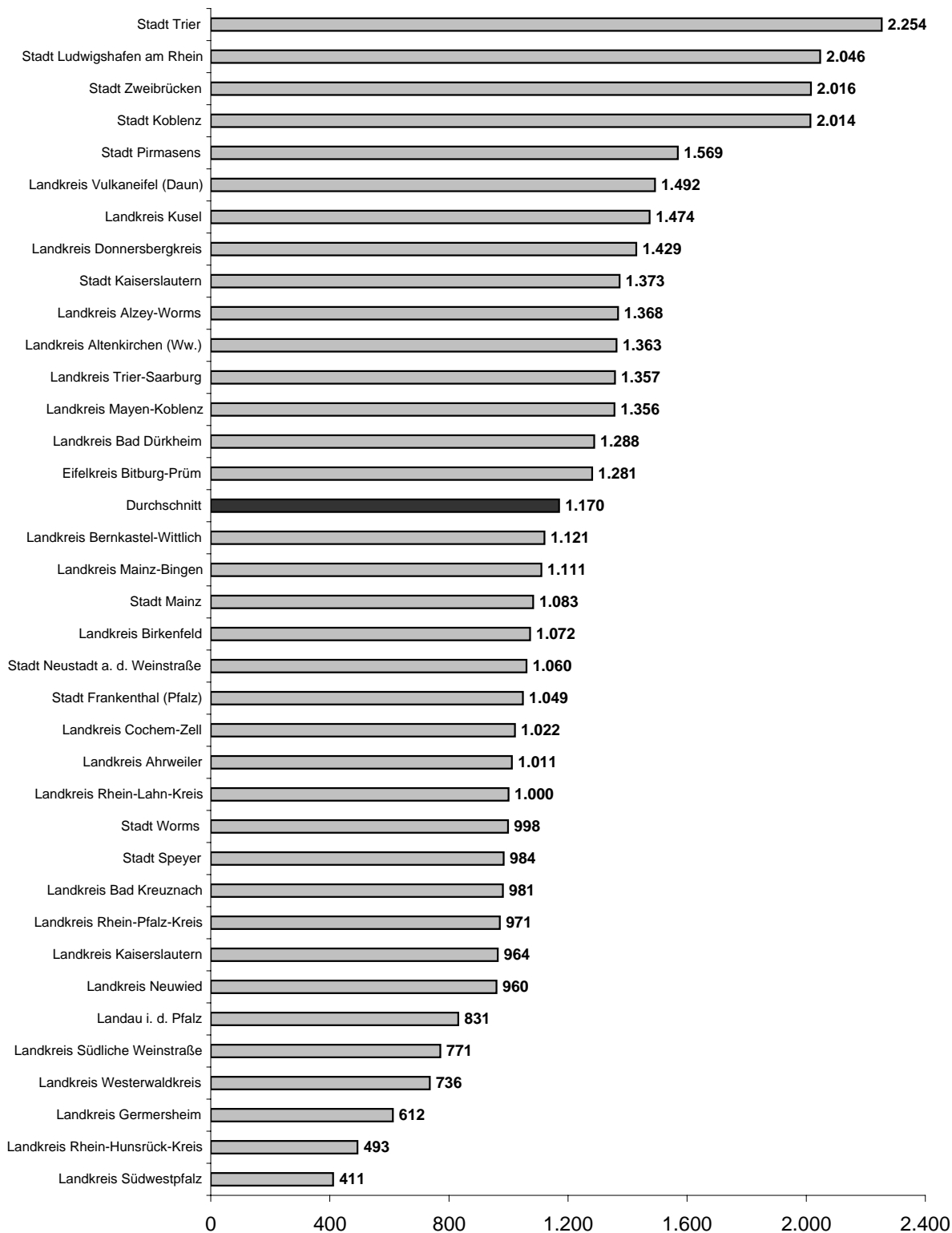
<b>Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt</b>	<b>1.074</b>
<b>Fehlbedarfe insgesamt</b>	<b>1.980.385.310</b>

<b>Entwicklung der wesentlichen Einnahmen 2005 und 2006 nach Gebietskörperschaftsgruppen</b>				
Jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden
Mio. €				
<b>Steuern und steuerähnliche Einnahmen</b>				
2005	2.502	883	7	1.612
2006	2.862	985	9	1.868
+ / -	+360 (+14,4 %)	+102 (+11,6 %)	+2 (+28,6 %)	+256 (+15,9 %)
<b>Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb</b>				
2005	919	284	124	511
2006	946	284	131	531
+ / -	+27 (+2,9 %)	0 (0,0 %)	+7 (+5,6 %)	+20 (+3,9 %)
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>				
2005	3.981	598	2.043	1.340
2006	4.177	626	2.161	1.390
+ / -	+196 (+4,9 %)	+28 (+4,7 %)	+118 (+5,8 %)	+50 (+3,7 %)
<b>Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen</b>				
2005	546	125	89	332
2006	518	100	95	323
+ / -	-28 (-5,1 %)	-25 (-20,0 %)	+6 (+6,7 %)	-9 (-2,7 %)
<b>Erlöse aus Vermögensveräußerungen</b>				
2005	271	98	10	163
2006	215	53	10	152
+ / -	-56 (-20,7 %)	-45 (-45,9 %)	0 (0,0 %)	-11 (-6,7 %)
<b>Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung</b>				
2005	7.430	1.769	2.175	3.486
2006	8.020	1.903	2.302	3.815
+ / -	+590 (+7,9 %)	+134 (+7,6 %)	+127 (+5,8 %)	+329 (+9,4 %)
<b>Bruttoeinnahmen der Kapitalrechnung</b>				
2005	828	228	99	501
2006	743	156	105	482
+ / -	-85 (-10,3 %)	-72 (-31,6 %)	+6 (+6,1 %)	-19 (-3,8 %)
<b>Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)</b>				
2005	8.258	1.997	2.274	3.987
2006	8.763	2.059	2.407	4.297
+ / -	+505 (+6,1 %)	+62 (+3,1 %)	+133 (+5,8 %)	+310 (+7,8 %)
<b>Kredite und innere Darlehen</b>				
2005	348	79	84	185
2006	375	86	67	222
+ / -	+27 (+7,8 %)	+7 (+8,9 %)	-17 (-20,2 %)	+37 (+20,0 %)

<b>Entwicklung der wesentlichen Ausgaben 2005 und 2006 nach Gebietskörperschaftsgruppen</b>				
Jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden
Mio. €				
<b>Personalausgaben</b>				
2005	1.992	642	333	1.017
2006	2.001	634	346	1.021
+ / -	+9 (+0,5 %)	-8 (-1,2 %)	+13 (+3,9 %)	+4 (+0,4 %)
<b>Laufender Sachaufwand</b>				
2005	1.267	415	236	616
2006	1.325	426	246	653
+ / -	+58 (+4,6 %)	+11 (+2,7 %)	+10 (+4,2 %)	+37 (+6,0 %)
<b>Zinsausgaben</b>				
2005	296	116	55	125
2006	295	111	59	125
+ / -	-1 (-0,3 %)	-5 (-4,3 %)	+4 (+7,3 %)	0 (0,0 %)
<b>Sozialausgaben</b>				
2005	1.657	586	960	111
2006	1.763	607	1.046	110
+ / -	+106 (+6,4 %)	+21 (+3,6 %)	+86 (+9,0 %)	-1 (-0,9 %)
<b>Sachinvestitionen</b>				
2005	952	196	108	648
2006	982	168	127	687
+ / -	+30 (+3,2 %)	-28 (-14,3 %)	+19 (+17,6 %)	+39 (+6,0 %)
<b>Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen</b>				
2005	122	57	25	40
2006	107	44	22	41
+ / -	-15 (-12,3 %)	-13 (-22,8 %)	-3 (-12,0 %)	+1 (+2,5 %)
<b>Bruttoausgaben der laufenden Rechnung</b>				
2005	7.602	1.989	2.279	3.334
2006	7.889	2.007	2.412	3.470
+ / -	+287 (+3,8 %)	+18 (+0,9 %)	+133 (+5,8 %)	+136 (+4,1 %)
<b>Bruttoausgaben der Kapitalrechnung</b>				
2005	1.110	257	134	719
2006	1.126	217	150	759
+ / -	+16 (+1,4 %)	-40 (-15,6 %)	+16 (+11,9 %)	+40 (+5,6 %)
<b>Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)</b>				
2005	8.712	2.246	2.413	4.053
2006	9.015	2.224	2.562	4.229
+ / -	+303 (+3,5 %)	-22 (-1,0 %)	+149 (+6,2 %)	+176 (+4,3 %)
<b>Tilgung von Krediten</b>				
2005	305	73	66	166
2006	295	73	55	167
+ / -	-10 (-3,3 %)	0 (0,0 %)	-11 (-16,7 %)	+1 (+0,6 %)

<b>Ländervergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände</b>							
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2000/2005
	- €-						%
Flächenländer (West)	1.253	1.273	1.298	1.406	1.465	1.522	21,5
davon							
- Kreditmarktschulden (i.w.S.)	1.077	1.068	1.066	1.088	1.091	1.091	1,3
- Schulden bei öffentl. Haushalten	66	65	65	68	68	69	4,5
- Innere Darlehen, Kassenkredite	110	140	167	250	306	362	229,1
Rheinland-Pfalz	1.259	1.342	1.454	1.617	1.735	1.856	47,4
davon							
- Kreditmarktschulen (i.w.S.)	1.049	1.064	1.091	1.130	1.145	1.161	10,7
- Schulden bei öffentl. Haushalten	16	17	17	14	14	13	-18,8
- Innere Darlehen, Kassenkredite	194	261	346	473	576	682	251,5

**Schulden für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen  
der kreisfreien Städte und  
der Landkreise einschließlich der kreisangehörigen verbandsfreien  
Gemeinden, Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden  
am 31.12.2005  
- € je Einwohner -**



**Kassenkredite der Landkreise einschließlich der kreisangehörigen verbandsfreien  
Gemeinden und Verbandsgemeinden**  
- € je Einwohner -

